Hauptstütze der Bourgeoisie, wobei die reformistische Beeinflussung der über vier Millionen Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften eine in der bisherigen Politik unserer Partei und der RGO. viel zu wenig beachtete Rolle spielt. Mit allem Nachdruck wurde die Tatsache unterstrichen, daß auch die Papenregierung genau wie die gestürzte Brüningregierung nur existieren kann mit Hilfe der Sozialdemokratie und des ADGB.

Genosse Thälmann erinnerte an den Ausspruch des ADGB.-Führers Leipart, der einmal gesagt hat, daß gegen den Willen der Gewerkschaften sich keine Regierung in Deutschland auch nur 24 Stunden halten könne. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, die kampfgewillt sind gegen die reaktionäre Papenregierung, erkennen daran, daß die SPD.- und ADGB.-Führer gar nicht daran denken, den wirklichen Kampf gegen die Papen-Schleicher-Regierung zu organisieren. Es ist einzig und allein die Kommunistische Partei, die gemeinsam mit der RGO. und anderen revolutionären Massenorganisationen mit aller Energie von unten her den Massenwiderstand gegen die reaktionäre Papenregierung organisiert durch die Schaffung der roten Einheitsfront im Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land.

Im Klasseninhalt der Politik der SPD. hat sich nicht das geringste geändert. Es ändern sich aber die Formen und Methoden der Betrugsmanöver, mit denen die SPD.- und ADGB.-Führer die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten versuchen. Der Sturz der Brüningregierung und die immer offenere Einsetzung der faschistischen Massenpartei, der NSDAP., als Stütze der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft bedeutet deshalb für die Kommunistische Partei unter keinen Umständen die Aenderung ihrer revolutionären Strategie, sondern umgekehrt: **die Verschärfung des faschistischen Terrors in den Regierungsmethoden der Bourgeoisie zwingt die revolutionäre Partei des Proletariats, mit um so stärkerer Energie im Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie**, gegen die faschistischen Todfeinde der Arbeiterklasse, die Strategie des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse zu führen zur Loslösung der Sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiter von den sozialfaschistischen Führern zur Stärkung der antifaschistischen Massenfront.

Diese Strategie im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse praktisch durchführen, das bedeutet aber im **antifaschistischen Massenkampf**, im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen faschistischen Arbeitsdienst und Nazi-Mordterror, gegen die gelamte Hunger- und Kriegspolitik der Bourgeoisie vorauszugehen und die gemeinsame Kampffront der revolutionären Arbeiter mit den sozialdemokratischen, den freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeitern zu schaffen. Die Partei muß deshalb von oben bis unten in kürzester Frist die **Hemmungen überwinden**, die der umfassenden Anwendung der revolutionären Einheitsfrontpolitik als des wichtigsten Mittels zur Eroberung der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse zum Kampf um die politische Macht entgegenstehen. Genosse Thalmann wies hin auf die Stellungnahme und Beschlüsse der **Tagung des Reichskomitees der RGO.**, die zu einer Wendung in diesem Sinne auf dem Gebiet der innergewerkschaftlichen Arbeit und der revolutionären Gewerkschaftspolitik Deutschlands überhaupt führen müssen.

Die unmittelbare Bindung der Hitlerpartei an die Papenregierung zeigt nach der Beendigung der Brüning-Aera eine andere Verwendung der NSDAP. als Bestandteil des Herrschaftssystems der Bourgeoisie. Je mehr die herrschende Klasse zur Methode der **faschistischen Gewalt** als **Hauptmittel** der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft übergeht, desto offener wird die Hitlerpartei als kapitalistische Regierungspartei eingesetzt. Der faschistische Terror, der bereits unter der Brüningregierung ein unentbehrlicher Bestandteil zur Durchführung der Notverordnungsdiktatur war, soll offen legalisiert, die SA. und SS. zur faschistischen Miliz der Papen-Schleicher-Hindenburg-Regierung gemacht werden.

Das Programm der Papenregierung besteht darin, unmittelbar gestützt auf die faschistischen Terrororganisationen und unter Ausnutzung des reformistischen Einflusses auf entscheidende Arbeiterschichten, einen **ungeheuerlich verschärften Hunger- und Gewaltkurs gegen die werktätigen Massen** durchzuführen. Das Bestreben jeder faschistischen Diktatur ist darauf gerichtet, den proletarischen Widerstand gegen die Hungerpolitik der Bourgeoisie zu brechen und setzt sich deshalb die Zerschmetterung der proletarischen Klassenorganisationen zum Ziel. Die Papenregierung ist bestrebt, als eine Regierung, die weitere Voraussetzungen zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur schaffen will, neue **verschärfte Terror- und Verbotsmaßnahmen** gegen die revolutionären Massenorganisationen durchzuführen.

Genosse Thälmann rief die Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft zur äußersten Aktivität und Wachsamkeit auf. Die **Entfaltung breiter Massenkämpfe** unter Führung der Kommunistischen Partei, die tiefere Verwurzelung der Partei, des Jugendverbandes und der revolutionären Organisationen in den Massen ist der beste Kampf zur Verteidigung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Jugend, der einzige Weg, um die Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu durchkreuzen und nach Möglichkeit unwirksam zu machen.

Im Interesse der Entfaltung und der Steigerung unseres antifaschistischen Massenkampfes unterstrich Genosse Thälmann erneut die **Stellungnahme der Partei gegen alle Tendenzen des individuellen Terrors**, die gerade in der gegenwärtigen Periode verstärkter Provokationen seitens des Klassenfeindes auf das allerschärfste bekämpft werden müssen. Maßnahmen des individuellen Terrors würden nur der Bourgeoisie die Durchführung ihrer Politik erleichtern und die Entfaltung des Massenwiderstandes, der sich in der Bildung des roten **Massenselbstschutzes** in Stadt und Land, in zahlreichen **Hungerdemonstrationen und anderen Massenaktionen** bereits ankündigt, hemmen.

Der vor uns liegende **Reichstagswahlkampf** ist für uns ein **Bestandteil der großen Antifaschistischen Aktion**, die wir eingeleitet haben. Es bedeutet keine parlamentarische Einstellung, wenn wir unterstreichen, daß von der **Durchführung und dem Ausgang dieses Reichstagswahlkampfes außerordentlich viel abhängt**. Wir müssen alle Kräfte darauf konzentrieren, daß wir durch eine Steigerung der außerparlamentarischen Aktivität in der Antifaschistischen Aktion einen Erfolg für die Partei auch bei den Reichstagswahlen erringen. Wir heben dadurch das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse und verbessern die **Voraussetzungen für größere außerparlamentarische Massenkämpfe**. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Antifaschistische Aktion rasch zu einer kampfentschlossenen Millionenbewegung unter Führung der KPD. zu machen. Genosse Thälmann legte ausführlich den Plan der nächsten Abschnitte der Antifaschistischen Aktion, die Vorbereitung und Durchführung der **großen Antifaschistischen Kampfwoche vom 10. bis 17. Juli**, die bereits höhere Formen der Massenaktivität zeigen muß, dar.

Die Durchführung der Antifaschistischen Aktion bedeutet die **Organisierung des breitesten Massenkampfes der roten Einheitsfront gegen die Papenregierung**, gegen die faschistischen Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie, gegen die Hungeroffensive des Unternehmertums unter strategischer Orientierung auf die **Großbetriebe** und unter stärkerer Konzentration auf die Arbeit unter dem **Millionenheer der Erwerbslosen**. Es müssen als Einheitsorgane des antifaschistischen Massenkampfes überall **Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion** gebildet werden, die die politischen Träger dieser großen Millionenbewegung unter unserer Führung sind.

Wir müssen in der Antifaschistischen Aktion mit der Massenkraft des Proletariats und unter Mobilisierung breitester werktätiger Schichten den **Hitlerfaschismus zurückschlagen**. Wir müssen die Politik der Papenregierung und der NSDAP entlarven als eine **Versailler Politik des Bundnisses der deutschen Ausbeuter mit dem französisch-polnischen Imperialismus gegen das Land des Sozialismus, die Sowjetunion**. Wir müssen den tiefen nationalen und sozialen Verrat der NSDAP., die volle Verantwortung der Hitler, Strasser und Co. für die doppelte Ausbeutung des deutschen werktätigen Volkes durch das internationale und deutsche Finanzkapital anprangern. Wir werden dadurch vor allem die von den Nazis beeinflußten Massen der Angestellten, die einem sozialen Druck ohnegleichen ausgesetzt sind, für ihre eigenen Forderungen mobilisieren und neue Kader in unsere revolutionäre Freiheitsarmee einreihen.

Wir müssen die **Betrugsmanöver der Sozialdemokratie**, die Scheinopposition der SPD. und des Zentrums gegen Papen und Schleicher unermüdlich entlarven und bekämpfen. Wir müssen zeigen, daß die Politik der Sozialdemokratie Schritt für Schritt den Boden bereitet hat für die Hoffnungen der Faschisten auf baldige Errichtung ihrer kommenden Diktatur. Durch die Entfesselung von Massenkämpfen durch das unerschrockene Eintreten **für die Rechte und Forderungen des Proletariats und aller werktätigen Volksschichten in Stadt und Land, insbesondere der Angestelltenschichten, des notleidenden Mittelstandes und der werktätigen Bauernmassen, werden wir das Vertrauen zur Kommunistischen Partei steigern und die Voraussetzungen schaffen, für die Heranführung immer breiterer Massen an revolutionäre Aktionen und Kämpfe.**

Genosse Thälmann stellte mit allem Ernst die Frage der **Verbesserung unserer Agitation und Propaganda und insbesondere unserer revolutionären Pressearbeit. Unsere Presse ist gegenwärtig** — mit wenigen Ausnahmen — untauglich, die revolutionäre Masse zu finden, die unserem Programm, die der Stimmung der Massen, die den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die unseren großen revolutionären Perspektiven entspricht. Die **Reorganisationsmaßnahmen**, die das Zentralkomitee nunmehr durchführt in der Richtung der Verbesserung unserer Presse und der stärkeren Heranziehung von Arbeiterkorrespondenten und Betriebsarbeitern, müssen hier Wandel schaffen. Wir brauchen eine wirkliche **Wendung zur Massenarbeit** auch auf dem Gebiet der Presse.

Genosse Thälmann unterstrich, daß unsere gesamte antifaschistische Kampagne **auf das engste mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg verbunden** werden muß. Die Kriegshetze der Hitlerfaschisten gegen die Sowjetunion, die profranzösisch-polnische Orientierung der Papenregierung erfordern von uns die stärkste Massenmobilisierung und die Steigerung des antiimperialistischen Kampfes zur kraftvollen Durchführung des 1. August als Kampftag gegen den imperialistischen Krieg für die Verteidigung der Sowjetunion.

Zum Schluß unterstrich Genosse Thälmann die Bedeutung der Tatsache, daß in dem letzten Aufruf des Zentralkomitees die **Losung der Arbeiter- und Bauernregierung** aufgestellt wurde. Wir stellen die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung nicht als unmittelbare Aktionslosung, da wir keine scheinrevolutionären Ueberschätzungen der gegenwärtigen Lage zulassen. Für uns bedeutet im gegenwärtigen Moment die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung die propagandistische Klassenkampfstellung des Endzieles des proletarischen Klassenkampfes gegen alle Formen der bürgerlichen Diktatur, gegen die Politik des Kabinetts der Junker, Freiherren und Barone, der Industriekapitäne und Generale den Massenkampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise, **für die proletarische Diktatur** entgegen. Denn die Losung Arbeiter- und Bauernregierung ist nichts anderes als eine konkrete, den Massen in der gegenwärtigen Situation verständliche **Bezeichnung der Diktatur des Proletariats.**

Dresdner Nazis als Straßenräuber

Ueberfall auf ein zwölfjähriges Kind. Geschlossene Einheitsfront von SPD-, KPD. und Reichsbannerarbeitern schlägt die Banditen zurück

Gestern in der 18. Stunde kam es auf dem Sternplatz zu einem feigen Ueberfall eines SA-Banditen auf ein etwa 12jähriges Mädchen. Ein Nazijüngling riß dem Mädchen die schwarz-rot-goldene Schleife ab. Als ein Reichsbannerarbeiter dem Mädchen beistehen wollte, rief der Nazi seinen Gesinnungsfreund Hermann Ilse, Polierstraße 11, zu Hilfe und es entwickelte sich eine Schlägerei.

Die Nazis, die dabei den kürzeren zogen, holten sich Beistand aus dem nahegelegenen Gebäude des Freiheitskampf. Der bekannte Nazi Dittrich wollte mit zirka 20 Hitlerleuten die Sache „klären". Zu diesem Zweck hatten sich die braunen Banditen **mit Fahrrad-Luftpumpen und Gummiknüppeln bewaffnet.**

Sie erhielten von den Arbeitern, die ohne Unterschied der Partei gegen diesen feigen Ueberfall zusammenstanden, eine **gehörige Abreibung** und flüchteten nach dem Gebäude des Freiheitskampfes. Dort sammelte sich sofort eine große Menschenmenge an, die ihre Empörung gegen den feigen Ueberfall der Nazis auf ein Kind zum Ausdruck brachten.

Plötzlich kam in scharfer Fahrt der Polizeikraftwagen 14 1716, bemannt mit 3 Nazis und fuhr rücksichtslos in die dort stehende Menge. **2 Arbeiter wurden dabei beiseite geschleudert.**

Die reichlich spät erschienene Polizei nahm angeblich 6 Arbeiter und 3 Nazis fest.

Bezeichnend für die „Tüchtigkeit" der Nazijungfrauen ist der Zuruf, den die etwa 18jährige Rupprecht, Josephinenstraße 12, vom Fenster der elterlichen Wohnung aus machte: **„Das ist doch bloß das Arbeitslosengesindel, das wir bisher mit unterstützen mußten. Jetzt wird es aber anders."**

Bis in die späten Abendstunden standen auf dem Sternplatz und in den angrenzenden Straßen Gruppen von Arbeitern und **diskutierten** erregt über das braune Straßenräubertum.

Für die Arbeiterschaft ist dieser Vorfall **eine neue Mahnung zum Massenkampf gegen die SA-Banditen die rote Einheitsfront zu schaffen**, die allein imstande ist, diesen Ueberfällen auf Arbeiter und Arbeiterkinder ein schnelles Ende zu bereiten.

Am Sonntag marschiert die rote Einheitsfront zum Solidaritätstag der IAH im Zeichen der Antifaschistischen Aktion. SPD- und Reichsbannerarbeiter, Antifaschisten, heraus zur Demonstration! Marschiert mit uns gegen den Faschismus!

Auch das Tarifrecht wird zerschlagen

Die ungeheuerlichen Notverordnungspläne der Papen-Regierung. Schließt die einheitliche Front von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zum Kampf gegen alle Angriffe

Zu den alarmierenden Meldungen über die Notverordnungspläne der Papen-Regierung kommt heute eine neue. Nicht nur soll die Unterstützung für alle Erwerbslosen ungeheuer gekürzt, nicht nur sollen alle sozialen Leistungen weitestgehend abgebaut werden, gleichzeitig soll Beseitigung der Tarifrechte erfolgen. Nach den bisher unwidersprochen gebliebenen Mitteilungen bürgerlicher Blätter soll die Rechtsverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ganz aufgehoben werden.

Auch das ist eine Forderung der Nazis, die jetzt von der Papen-Regierung durchgeführt werden soll. Erinnert euch daran, daß der Nazi-Wirtschaftler Funk im Herrenklub einen Vortrag hielt, in dem er die „Zerschlagung des marxistischen Tarifwesens" forderte. Diese Nazi-Forderung soll in die Tat umgesetzt werden!

Die offene Ankündigung der Zerschlagung des Tarifrechtes muß auf alle Gewerkschafter, auf die ganze Arbeiterklasse wie ein Faustschlag ins Gesicht wirken. Insbesondere die Arbeiter in den freien Gewerkschaften müssen auf breitester Grundlage den Kampf für das Tarifrecht aufnehmen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Bourgeoisie jetzt einen Hauptstoß gegen die gewerkschaftlichen Rechte des deutschen Proletariats unternimmt. Die Deutsche Bergwerkszeitung, das Organ der Schwerindustrie, schreibt dazu: „Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ist innerpolitisch das Problem der Probleme."

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen jetzt in allen Betrieben und Ortsgruppen **Mitgliederversammlungen** verlangen, sie müssen dafür kämpfen, daß die zentralen Organisationen, die Zahlstellen und Betriebsgruppen der Gewerkschaften **einsetzen werden im Kampf gegen alle arbeiterfeindlichen Anschläge der Papen-Diktatur!**

Lehrlinge sollen Streikbrecher werden

In der Chemiefabrik E. Teichert, Meißen, stehen die Lehrlinge im Streik gegen Lohnraub und andere Maßnahmen. [illegible] Lehrlingen wird [illegible], mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Ein bezeichnendes Hindernis für den Kampf der Lehrlinge ist [illegible] Lehrlingen. Lehrlinge mußten ein [illegible] Jahr lang schmutzige Hilfsarbeiten verrichten und [illegible] Hilfsarbeiter ersetzen. Obwohl die Gehilfen in Lohn stehen, müssen die Lehrlinge im Akkord schuften. Dabei wurde [illegible] der tarifliche Lohn um 25 bis 40 Prozent gekürzt.

Lehrlinge von Teichert, kämpft gegen eure Maßregelung, Stellung in dem Betrieb. **Lehnt die Streikbrecherarbeit ab. Kampft mit den Streikenden gegen jeden Lohnraub. Kampft**

Reichsinnenminister von Gayl erklärt:

Monarchie — angemessenste Staatsform

Die Antwort der Arbeiter: Hinweg mit dieser monarchistisch-faschistischen Regierung

Der neue Reichsinnenminister von Gayl hielt gestern im Reichsrat eine **programmatische Rede**, die nicht den letzten Zweifel über die **monarchistische** und **reaktionäre Gesinnung der Papenregierung** aufkommen läßt. Dieser Minister der deutschen Republik erklärte wörtlich:

„Ich würde mir selbst erbärmlich vorkommen, wenn ich als Minister versuchen würde, meine persönliche Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk inmitten des Herzens von Europa halte und daß ich mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin."

Wenn auf dieses offene monarchistische Bekenntnis die Erklärung folgte, daß es zur Zeit Wichtigeres gebe, als die Streitfrage „Monarchie oder Republik" — so weiß doch jeder Arbeiter, daß die heutigen Regierungsmänner mit dieser Einstellung, wie sie von Gayl äußerte, auf die **Wiederaufrichtung der 1918 von Arbeiterfäusten gestürzten Monarchie hinarbeiten.**

Die übrigen Ankündigungen des Reichsinnenministers befaßten sich mit der **bevorstehenden Aufhebung des SA-Verbotes, mit der Freigabe des Rundfunks für Hitler** usw. Die Ankündigung, daß der Innenminister während der Reichstagswahlkampf „öffentliche Ruhe und Ordnung" mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln sichern werde, wird von der revolutionären Arbeiterschaft **als Kampfansage richtig gewertet werden.**

Hitler spricht im Rundfunk

Wie die bürgerliche Presse meldet, soll **Hitler am Anfang der kommenden Woche im Rundfunk und zwar am Mikrophon der „Deutschen Welle" sprechen.** Die Berliner Ausgabe" von Hugenberg schreibt dazu, daß die Zulassung des Rundfunks für Hitler **auf Anordnung der Reichsregierung von Papen** erfolgt. Gleichzeitig schreibt dieses Blatt, daß auch **andere Redner politischer Parteien der Rundfunk freigegeben werden soll, mit Ausnahme der Kommunisten.**

Die Millionen werktätiger Radiohörer, die den Rundfunk bezahlen, müssen überall die Forderung auf **Freigabe des Rundfunks für die Vertreter der KPD** erheben und den Kampf gegen die Fälschung des Radios führen.